

EUROPA NACH DER WAHL: NEUE KÖPFE - NEUE SCHWERPUNKTE?



Anstehender Wechsel an der Spitze der EU-Kommission: Jean-Claude Juncker und Ursula von der Leyen am 23. Juli 2019 in Brüssel, © Europäische Union 2019

Nun geht es also in die nächste Runde: das Parlament ist gewählt, die Funktionen sind besetzt. Nominiert sind auch der Außenbeauftragte und die EZB-Präsidentin. Bleibt noch die Besetzung der Europäischen Kommission. Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wurde schon im Juli vom Europäischen Parlament gewählt, obwohl sie keine Spitzenkandidatin war. Gerade in Deutschland hat das einigen Unmut ausgelöst. Nun präsentieren die Mitgliedsstaaten ihre Kandidat/innen für die weiteren Kommissionsposten - eine zentrale Etappe.

Es wird in den nächsten Wochen darum gehen, innerhalb und mit der Kommission einen Ausgleich zu schaffen - nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen den verschiedenen „Großregionen“ Europas (Nord-Süd/ Ost -West), zwischen den kleinen und großen Ländern, den älteren und jüngeren Mitgliedsstaaten. Alle haben unterschiedliche, spezifische Interessen und alle wünschen sich einflussreiche Portfolios, die ihre Länder gut platzieren in der künftigen Politik der EU.

Große Herausforderungen und wichtige Weichenstellungen stehen an im Klima- und Umweltbereich, bei der Energiefrage, in der Landwirtschaft, bei der weiteren Stabilisierung der Euro-Zone, bei der Sicherung der Rechtsstaatlichkeit als Grundprinzip der Europäischen Gemeinschaft, bei der Weiterentwicklung einer gemeinsamen Migrationspolitik und im Umgang mit dem Brexit. Die designierte Kommissionspräsidentin hat sich viel vorgenommen: klimaneutral, modern, demokratisch und stark soll die EU sein. Sie braucht ein gutes Team dafür.

MEINUNGEN UND HALTUNGEN IN EUROPA: WAS BESCHÄFTIGT DIE BEVÖLKERUNG?



EUROBAROMETER

Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung zu erfassen, ihre Sorgen und Hoffnungen einschätzen zu können, ist schon seit dem 19. Jahrhundert Bestandteil moderner Politik. Auf europäischer Ebene gibt es immerhin seit 1978 die repräsentative Eurobarometer-Umfrage, die zwei Mal im Jahr zur sozialen Situation und den Einstellungen der Bürger/innen durchgeführt wird. Daneben gibt es Erhebungen zu speziellen aktuellen Themen, wie z.B. in den letzten 12 Monaten zu Rechtsstaatlichkeit, zum Datenschutz, zu Impfungen, zu Umweltthemen, zu Antisemitismus - ein weites Spektrum.

Eine sehr umfangreiche, vielschichtige Studie wurde im März diesen Jahres durchgeführt. Sie erfasste die Einschätzungen zur eigenen Situation als EU-Bürger/in und zur EU als politische Handlungsebene. Danach war - natürlich mit Unterschieden zwischen den 28 Mitgliedsstaaten - das wichtigste Thema für das eigene Leben die soziale Lage in ihren verschiedenen Ausprägungen (Arbeitsplatz, Gesundheitsversorgung, Lebenshaltungskosten, Rente u.a.), danach kamen Klima- und Energiefragen sowie die Einwanderung. Als wichtigste Herausforderung für die ganze EU wurde ebenfalls die Einwanderung genannt, gefolgt von Terrorismus und Klimawandel. Die Gewichte haben sich hier inzwischen etwas verschoben, aber schon lange wünscht sich eine deutliche Mehrheit der EU-Bürger/innen eine Verstärkung der gemeinsamen Politik in den Außenbeziehungen, bei der Energiepolitik und in der Einwanderungspolitik. Das Sicherheitsbedürfnis ist groß, die Wertschätzung für die Freiheiten in der EU allerdings auch.

VERANSTALTUNGS- HINWEISE (AUSWAHL)

19. September, 19.00 Uhr Im Widerstreit geeint? Die Suche der Europäer nach einer zukunftsfähigen Einwanderungspolitik

Diskussionsveranstaltung u.a. mit Blick nach Kanada, in Kooperation mit der Friedrich Naumann-/ Reinhold-Maier-Stiftung
Ort: Stuttgart, Hospitalhof

23. Oktober, 18.00 Uhr Dynamisch – europäisch: Estland, Lettland, Litauen

Diskussionsabend in Kooperation mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg und dem Haus der Heimat Baden-Württemberg, mit Unterstützung des Ministeriums der Justiz und für Europa Baden-Württemberg
Ort: Stuttgart, Haus der Heimat

18. November, 18.00 Uhr Wer und was bewegt Europa? Protest und soziale Bewegungen im europapolitischen Kontext

Diskussionsabend in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, dem Katholischen Bildungswerk Stuttgart und dem Ministerium der Justiz und für Europa Baden-Württemberg
Ort: Stuttgart, Haus der Katholischen Kirche

25. November, 12.00–14.00 Uhr Brexit: Zum Stand der Dinge

Vortrag und Diskussion, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Justiz und für Europa Baden-Württemberg
Ort: Stuttgart, Europahaus

Wenn Sie sich an- oder abmelden wollen, senden Sie uns bitte eine E-Mail.

Verantwortlich: Dr. Stefanie Woite-Wehle